



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Regierungserklärung des
Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
abgegeben vor der
Bremischen Bürgerschaft
am 26. Januar 2022**



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 26. Januar 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,

meine Damen und Herren Abgeordnete,

ganz viele Menschen haben in den vergangenen Wochen auf Bremen geguckt. Denn hier ist nicht nur die Impfquote spitze, hier sind seit einiger Zeit auch die Inzidenzen überdurchschnittlich hoch.

Die Gründe dafür sind schnell benannt: Omikron, die Variante die zuerst im südlichen Afrika entdeckt wurde, hat den Norden, vor allem aber die Großstädte fest im Griff. Omikron hat eine neue Phase der Pandemie eingeläutet. Dass es die abschließende Phase sein wird, ist zu hoffen, sicher ist das allerdings nicht.

Seit dem ersten Auftreten von Omikron in Deutschland haben sich Bund und Länder in mittlerweile drei MPKs darauf verständigt, wie sie gemeinsam auf die Herausforderung reagieren wollen.

Dabei war anfangs noch unklar, welche Herausforderungen die neue Mutation für die Pandemiebekämpfung bereithält. Zunächst konnte nur auf Erfahrungen aus anderen Ländern, in denen die Omikron-Variante bereits die vorherrschende Virus-Variante war, zurückgegriffen werden.

Schnell wurde deutlich, dass Omikron ansteckender als der Wildtypus und alle anderen Mutationen ist. Und dass selbst eine doppelte Impfung nicht zuverlässig vor einer Infektion schützt, insbesondere wenn die Impfung schon mehrere Monate zurückliegt. Einen Ansteckungsschutz und einen sicheren Schutz vor schwerer Erkrankung bietet erst die dritte Impfung, die so genannte Booster-Impfung.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 26. Januar 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

Deshalb war es richtig und wichtig, dass Bund und Länder beschlossen hatten, mit der „Booster-Kampagne“ im Dezember und im Januar möglichst vielen Menschen diesen Schutz zu bieten. Es war richtig Kontaktbeschränkungen zu erlassen, Großveranstaltungen zu untersagen, die bekannten 3G-, 2G- und 2G-plus-Regelungen zu etablieren und die verpflichtende Nutzung von FFP2-Masken auszuweiten. All das, das war von Anfang an klar, all das konnte die Ausbreitung von Omikron nicht stoppen. Aber es hat sie zumindest verlangsamt.

Wir haben in Bremen früh reagiert, noch vor Weihnachten die entsprechenden Beschlüsse gefasst und insbesondere unsere Impfkampagne noch einmal verstärkt. Aufgrund dieser Aktivitäten haben wir, Stand heute, eine Booster-Quote von etwa 57 Prozent. Das ist, auch wenn uns das noch lange nicht reicht, im bundesweiten Vergleich ein sehr ordentlicher Wert.

Darüber hinaus haben wir sehr früh ein eigenes Kinder-Impfzentrum eröffnet, um Kindern im Alter von 5 bis 12 Jahren ein eigenes Angebot zu machen. Auch damit müssen wir den Vergleich mit anderen Bundesländern ganz sicher nicht scheuen.

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Hilfsorganisationen bedanken. Sie haben es geschafft, das Impfangebot über die Weihnachtsferien nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern sogar auszuweiten. Sie haben diesen Schwung mit ins neue Jahr genommen und betreiben zusammen mit der Verwaltung und der heimischen Wirtschaft ein hervorragendes zentrales Impfzentrum. Sie betreiben mehrere kleinere Impfzentren in den Stadtteilen, die ebenfalls einen großen Anteil am Impferfolg haben, und sie betreiben die Impf-Trucks, die seit vergangener Woche wieder in den Quartieren unterwegs sind.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 26. Januar 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

Und das alles trotz der nunmehr fast zwei Jahre andauernden Belastung für jede und jeden Einzelnen. Ich finde, das kann man nicht oft genug betonen, das ist eine herausragende Leistung. Dafür danke ich allen Beteiligten im Namen des gesamten Senats von Herzen.

Meine Damen und Herren,

wenn Politik, Medizin, Wissenschaft und Medien nach Bremen schauen, dann interessieren sie sich natürlich in erster Linie für **eine** Frage: Welche Auswirkungen hat das Virus angesichts der hohen Impfquote auf das Gesundheitssystem? Wie viele Infizierte müssen ins Krankenhaus? Wie viele gar auf die Intensivstation? Und kommen wir vielleicht früher und glimpflicher durch die Omikron-Welle als anderswo?

Mit Prognosen müssen wir noch sehr vorsichtig sein, da bin ich mir mit unserer Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard völlig einig. Aber wenn sich die bisherigen Eindrücke bestätigen, dann dürfen wir ein wenig optimistisch sein.

Denn das Impfen bietet, soweit es um Omikron geht, zwar im Vergleich zur Delta Variante nur einen verminderten Ansteckungsschutz, aber doch einen zuverlässigen Schutz gegen einen schweren Krankheitsverlauf.

Deshalb lassen Sie mich hier noch einmal eindringlich an alle Bremerinnen und Bremer, Bremerhavenerinnen und Bremerhavener appellieren: Nutzen Sie unsere Impfangebote und lassen Sie sich impfen! Das ist nicht nur wichtig, um unser Gesundheitssystem vor einer möglichen Überlastung zu schützen. Es ist vor allem wichtig, damit **Sie sich selbst** vor der Krankheit und vor möglichen Folgeschäden schützen.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 26. Januar 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

Der bisherige Verlauf der Omikron Welle hat allerdings auch eins deutlich gemacht: Obwohl die Wahrscheinlichkeit schwerer Verläufe geringer ist als bei der Delta-Variante, kann die schiere Anzahl an Infizierten eine erhebliche Belastung für die kritische Infrastruktur bedeuten. Für die Kranken- und Pflegeheime, für Feuerwehr, Polizei und Ordnungsdienste, für Schulen und Kitas, für den Lebensmittelhandel und andere Einrichtungen.

Mehr Infizierte bedeuten in der Tendenz nicht nur mehr krankenhauspflichtige Patienten, sondern auch mehr Menschen in Quarantäne. Aktuell sind etwa 21.000 Bremer Bürgerinnen und Bürger hiervon betroffen. Tausende von Beschäftigten dürfen nicht zur Arbeit, viele Kinder nicht in die Schule oder in die Kita. Das stellt eine enorme Herausforderung für die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens in unserem Land dar.

Wir haben versucht, uns darauf vorzubereiten. Bund, Länder und Unternehmen haben Pandemie-Pläne erstellt, wie sie trotz größerer Ausfälle die wesentlichen Dienstleistungen und den wirtschaftlichen Betrieb weiter aufrechterhalten können. Die Quarantäne-Regeln wurden angepasst, um Menschen, sofern es sich medizinisch verantworten lässt, nicht länger als unbedingt erforderlich in Quarantäne und Isolation zu schicken. Und Bund und Länder haben sich auf eine veränderte Teststrategie verständigt, damit die PCR-Tests zukünftig mit Priorität dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Verhalten zuversichtlich stimmt mich, dass die Lage auf unseren Intensivstationen trotz der stark gestiegenen Infektionszahlen bislang stabil geblieben ist. Es gibt allerdings keine Garantie, dass dies auch künftig so bleiben wird.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 26. Januar 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

Insofern gilt weiterhin: „Vorsicht ist die Mutter der Porzellan-Kiste.“ Aus Sicht des Senats wäre es deshalb auch zu früh, jetzt schon die getroffenen Schutzmaßnahmen zu lockern. Andererseits deuten die aktuellen Zahlen darauf hin, dass Omikron jedenfalls unter den Bedingungen einer hohen Impfquote in seinen Auswirkungen auf das Gesundheitssystem beherrschbar sein können. Aus diesem Grund hält der Senat derzeit keine zusätzlichen Beschränkungen für erforderlich. Wir werden allerdings die Lage weiterhin sehr genau beobachten. Damit liegen wir auf einer Linie mit den Empfehlungen des von der Bundesregierung eingesetzten Expertenrats.

Meine Damen und Herren,

in den vergangenen beiden Wochen war ich zur Vorbereitung des Neujahrsempfangs des Senats unterwegs und habe mich mit Beschäftigten der kritischen Infrastruktur getroffen:

- Mit der Polizei, mit dem Ordnungsdienst und mit Feuerwehrleuten
- mit den Beschäftigten im Einzelhandel und in einer Apotheke
- ich war im Hafen in Bremerhaven, bei einem Entsorgungsunternehmen und im Klinikum Bremen-Nord.
- Und ich habe gemeinsam mit der Bildungssenatorin mit Kita-Beschäftigten diskutiert.

Und auch die Kolleginnen und Kollegen im Senat waren in den vergangenen Wochen in ihren Bereichen unterwegs, haben sich die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger angehört.

Sehen Sie es uns trotzdem nach, dass wir nicht bei allen sein konnten, die unseren Dank verdient hätten. Bei allen, die in den vergangenen zwei Jahren den Laden am Laufen gehalten haben, die auch bei hohen Infektionszahlen vor Ort präsent und trotz häufig nicht üppiger Löhne immer für uns da waren.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 26. Januar 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

Eines ist mir dabei noch einmal eindrücklich klargeworden. Corona ist nicht der große Gleichmacher, wie ich es ganz am Anfang der Pandemie noch geglaubt hatte. Corona hat unsere Gesellschaft im Gegenteil noch weiter gespalten, hat die Unterschiede noch deutlicher hervortreten lassen.

Beispielsweise zwischen denen, die vor dem Virus geschützt zu Hause arbeiten können und denen, die auch bei höchsten Inzidenzen tagtäglich anderen Menschen nahekommen.

Zwischen denen, die trotz der Pandemie ein sicheres Einkommen haben und denen, die in Kurzarbeit sind oder gar ihren Arbeitsplatz und damit ihre Existenzgrundlage verloren haben. Zwischen denen, die sich in der Pandemie „nur“ um sich selbst kümmern müssen und denen, die in die Pflege von Angehörigen oder die Betreuung von Kinder eingebunden sind.

Wir werden uns deshalb in den kommenden Wochen und Monaten verstärkt um einen sozialen und wirtschaftlichen Ausgleich bemühen müssen. Auf dem letzten Bund-Länder-Treffen habe ich mich in Abstimmung mit Maike Schaefer und Kristina Vogt sehr dafür eingesetzt, dass die Corona-Wirtschaftshilfen des Bundes und die Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld über den 31. März hinaus fortgeführt und weiterentwickelt werden.

Es ist gut, dass die Bundesregierung beauftragt wurde, hierzu bis zum nächsten Treffen am 16. Februar einen konkreten Vorschlag zu erarbeiten. Ein zentrales Anliegen aus Bremer Sicht ist dabei die Verlängerung der maximalen Kurzarbeitergeld-Bezugsdauer über die bisher geltenden 24 Monate hinaus. Das wäre insbesondere für die Beschäftigten im Kulturbereich, in der Gastronomie und in der Veranstaltungsbranche ein wichtiges Signal.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 26. Januar 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

Aber ich bekenne auch: Für mich reicht das noch nicht aus. Ich werde mich deshalb weiter für ein Mindestkurzarbeitergeld einsetzen, weil gerade bei den Geringverdienern das Kurzarbeitergeld zum Leben nicht ausreicht. Wer 12 Euro die Stunde verdient, also den künftigen Mindestlohn, der kommt mit 60%, 67% oder auch 80% Kurzarbeitergeld einfach nicht über die Runden und ist auf Unterstützung des Sozialamts angewiesen.

Zumal, wenn sie oder er nicht 40 Stunden, sondern nur 30 oder 20 Stunden die Woche arbeitet. Ein Mindestkurzarbeitergeld könnte hier beiden helfen: den Beschäftigten **und** dem Staat. Denn die Beschäftigten würden sich in vielen Fällen den Gang zum Amt ersparen, die Behörden viel Bürokratie. Und finanziell wäre es für den Staat häufig sowieso nur linke Tasche, rechte Tasche - und kostete am Ende annähernd das gleiche. Ich finde, da sollten wir so schnell wie möglich für Abhilfe sorgen. Auch wenn mir bewusst ist, dass eine Umsetzung in die Praxis nicht einfach wäre und von der Bundesagentur für Arbeit viel abverlangen würde.

Meine Damen und Herren,

es geht aber nicht nur um eine Verlängerung und Weiterentwicklung des Kurzarbeitergelds sondern auch um eine Verlängerung und Weiterentwicklung der Corona-Wirtschaftshilfen insgesamt. Auch hier ist in erster Linie der Bund gefordert. Wir werden aber im Lichte der derzeit erarbeiteten Vorschläge der Bundesregierung genau prüfen, ob ergänzende Hilfen des Landes erforderlich und möglich sind, um etwaige Wettbewerbsnachteile unserer Unternehmen gegenüber Unternehmen in anderen Bundesländern zu vermeiden. Und in diesen Prozess kann sich natürlich auch die Opposition mit ihren Vorschlägen konstruktiv einbringen. Ich möchte allerdings auch einmal daran erinnern, dass wir in Bremen hervorragende Programme aufgelegt haben, die es anderswo nicht gibt.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 26. Januar 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

Gerade gestern haben wir im Senat zum Beispiel das spezielle Hilfsprogramm für unsere Veranstaltungswirtschaft bis Ende dieses Jahres verlängert. Davon können sich andere eine Scheibe abschneiden.

Meine Damen und Herren,

ich habe zu Beginn meiner Regierungserklärung die Hoffnung geäußert, dass mit Omikron die letzte Phase der Pandemie eingeleitet wurde. Ob sich diese Hoffnung erfüllen wird, weiß ich nicht. Aber die beste Art die Zukunft vorherzusagen ist bekanntlich sie zu gestalten. Und das betrifft nicht nur die gesundheitspolitischen, sondern insbesondere auch die wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Folgen der Pandemie. Bislang ist unser Land trotz aller Schwierigkeiten erstaunlich robust durch die Corona-Zeit gekommen.

Die Arbeitslosigkeit etwa liegt nach einem zwischenzeitlichen starken Anstieg mittlerweile wieder auf Vor-Pandemie-Niveau, die Unterbeschäftigungsquote sogar etwas darunter. Wer hätte das vor einem Jahr erwartet! Darauf können wir aufbauen und das gibt mir die Zuversicht, dass es uns gelingen wird, die vor uns liegenden Herausforderungen gemeinsam erfolgreich zu bewältigen.

Vielen Dank!